

## Hongkong und Macao

\*(34)

### Unterschrift der sino-britischen Vereinbarung über den Bau eines neuen Flughafens in Hongkong

Am 3. September haben der britische Premierminister John Major und der chinesische Ministerpräsident Li Peng in Beijing das Memorandum über den Bau eines neuen internationalen Flughafens in Hongkong unterzeichnet.

Die Regierung der britischen Kolonie Hongkong hatte im Oktober 1989 einen Mammut-Plan unter der Bezeichnung "Rosengarten" für einen umfangreichen Ausbau der Infrastruktur des Territoriums mit einer Gesamtinvestition von 127 Mrd. HK\$ (16,3 Mrd. US\$) angekündigt, wovon allein 38 Mrd. HK\$ (4,9 Mrd. US\$) auf das Flughafenprojekt entfallen und weitere 41 Mrd. HK\$ (5,3 Mrd. US\$) auf die Autobahnanbindung der Innenstadt an den 35 km weit entfernten neuen Flughafen auf der Nordseite der vorgelagerten Insel Lantau. Darüber hinaus sieht der Plan noch eine Schnellbahnverbindung und eine Satellitenstadt nahe dem Flughafen sowie neue Container-Hafenanlagen vor.

Die chinesische Regierung in Beijing, die nach der sino-britischen "Gemeinsamen Erklärung" von 1984 das Territorium Hongkong 1997 zurücknehmen wird, beansprucht ein Mitspracherecht, weil die Bauzeit und die Schuldentilgungen des Projekts über 1997 hinausreichen. Vor allem befürchtet sie, daß sich britische Unternehmen am Flughafenbau bereichern und Hongkong als zukünftige Sonderverwaltungszone der VR China "die Zeche wird bezahlen müssen". Hingegen meint die britische Kolonialregierung, daß sie bis zur Übergabe Hongkongs Ende Juni 1997 allein das politische Entscheidungsrecht habe und daß der Flughafenbau über den Verkehrsbedarf hinaus auch zur Belebung der Wirtschaft Hongkongs sowie der Wiederherstellung des Vertrauens der Einwohner und Unternehmer Hongkongs in die Zukunft notwendig sei. So ging es in der Auseinandersetzung nicht nur um das

Bauprojekt, sondern auch um die politische Verantwortung. Während die Briten Beijing eine vorzeitige Einmischung in die Angelegenheiten Hongkongs vorwarfen, hielten die Chinesen den Briten vor, Hongkongs Politik auch nach 1997 bestimmen zu wollen. Beide Seiten stützen sich dabei auf die sino-britische "Gemeinsame Erklärung" von 1984 und beansprucht für sich, die Interessen der Einwohner Hongkongs zu vertreten.

Neben den Verhandlungen der Experten beider Seiten kamen auch Hongkongs Gouverneur Sir David Wilson und der britische Außenminister Douglas Hurd zur Lösung des Problems im Januar bzw. April d.J. nach Beijing. Als die Unterhändler beider Seiten bei den fünftägigen Verhandlungen vom 18. bis 22. Mai in Beijing noch immer keinen Konsens erringen konnten, tauchte das Gerücht auf, daß die Briten auf das Flughafenprojekt verzichten oder die Bauarbeiten aufschieben würden. Der Durchbruch kam überraschend bei einer geheimen Mission vom 27. Juni bis 1. Juli in Beijing von dem außenpolitischen Berater des britischen Premierministers Major, Sir Percy Cradock. Drei Tage später, am 4. Juli, wurde ein paraphierter Text des Verständigungsmemorandums über den Bau des neuen Flughafens veröffentlicht.

In dem Dokument garantiert die britische Seite, daß die Finanzreserven Hongkongs zum Zeitpunkt der Übergabe nicht weniger als 25 Mrd. HK\$ betragen werden. Die Hongkonger Regierung muß bei Kreditaufnahmen von bis zu 5 Mrd. HK\$ mit Tilgungsfälligkeit nach dem 30. Juni 1997 (Datum der Übergabe der Kolonie) die chinesische Regierung darüber informieren. Bei Überschreitung dieser Summe hat sie die Zustimmung der chinesischen Regierung einzuholen. Weitere Konsultativ- und Kontrollbefugnisse werden der chinesischen Regierung durch die Bildung eines Flughafenkomitees mit paritätischen Vertretern beider Seiten unter der sino-britischen Liaisongruppe konzidiert. Bei Erteilung von über Ende Juni 1997 hinausreichenden Aufträgen und Konzessionen oder Gewährleistung von Krediten im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen soll die Hongkonger Regierung durch das Flughafenkomitee die chine-

sische Seite konsultieren. Für die Ausführung von wichtigen neuen, mit dem Flughafenbau verbundenen Projekten, die nicht im Anhang des Memorandums aufgeführt sind, oder von dort aufgeführten Kernprojekten, deren Kosten die Regierung zum großen Teil erst nach Ende Juni 1997 begleichen soll, braucht die Hongkonger Regierung eine vorherige Einigung mit der chinesischen Seite.

Ferner sollen eine Flughafenbehörde und ein Konsultativkomitee für den neuen Flughafen eingerichtet werden. Eine Persönlichkeit der Beijinger Bank of China in Hongkong soll von der Hongkonger Regierung zum Vorstandsmitglied der Flughafenbehörde ernannt werden. Auch bei Ernennung anderer Mitglieder der beiden Institutionen soll die Meinung der chinesischen Seite gehört werden.

Die chinesische Regierung hat ihrerseits im Memorandum die Unterstützung für den Flughafenbau in Hongkong zugesagt und allen an dem Projekt interessierten Investoren versichert, daß alle Verpflichtungen, die die jetzige Hongkonger Regierung beim Bau des Flughafens eingeht, auch nach Rückgabe der Kolonie am 1. Juli 1997 gültig bleiben. Sie ist ferner damit einverstanden, daß die Bank of China an dem Projekt z.B. durch Finanzierung mitwirkt und daß sich chinesische Bauunternehmen auch um Aufträge bewerben werden.

Darüber hinaus sind sich beide Seiten einig, im Hinblick auf das Heranrücken des 30. Juni 1997 die beiderseitigen Konsultationen und Kooperationen in bezug auf Hongkong zu intensivieren. So wurde in dem Memorandum auch vereinbart, daß die Außenminister beider Regierungen zweimal jährlich Gespräche abhalten werden. Der Gouverneur von Hongkong und der Leiter des Büros für Hongkong und Macao beim chinesischen Staatsrat (Regierung) sollen sich ebenfalls regelmäßig treffen.

Neben der Unterschrift des Memorandums - ein unbestrittener Verhandlungssieg für Beijing - wurden im gemeinsamen Pressecommuniqué zum Treffen der beiden Regierungschefs noch auf die Erfolge bzw. Fortschritte in Verhandlungen beider Seiten hin-

sichtlich der folgenden Fragen verweisen: Hongkongs Befugnis, mit den Handelspartnern Investitionsverträge abzuschließen; die Einrichtung eines Obersten Gerichts in Hongkong und eine schnelle Übereinkunft über das jetzt für militärische Zwecke benutzte Land in Hongkong. Als Zeichen der Annäherung beider Seiten in der Hongkong-Frage ist auch das gegenseitige Entgegenkommen bei der Suche nach einem geeigneten Sitz des künftigen britischen Generalkonsulats und für eine Zweigstelle des chinesischen Außenministeriums in Hongkong nach der Wende 1997 zu sehen. (DGB, 5.9.91; SCMP, 4.9.91)

Anschließend an seinen dreitägigen Staatsbesuch in der VR China (vom 2.-4. September) hielt sich Premierminister Major am 4. und 5. September auch kurz in Hongkong auf. Am 9. September wurde der 42jährige Hongkonger Geschäftsmann Luo Xinghai, der wegen Fluchthilfe für prominente chinesische Dissidenten im Oktober 1989 in Guangzhou festgenommen und im März d.J. zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, dank des Einsatzes von Major freigelassen. Bei einem Gespräch mit seinem chinesischen Amtskollegen Li Peng hatte Major auch die Menschenrechtsfrage in China angeschnitten. Luos Name stand an der Spitze einer Liste von vier in der VR China inhaftierten Hongkong-Chinesen, die Beijing während des Major-Besuchs überreicht worden war. Luo, der früher den halbamtlichen Hongkonger Handelsentwicklungsrat in Beijing vertreten hatte, ist der Sohn von Luo Fu, dem früheren Chefredakteur einer pro-kommunistischen chinesischen Zeitung in Hongkong. Dieser befindet sich seit fast zehn Jahren faktisch unter Hausarrest, nachdem er für schuldig befunden worden war, ein Spion der USA zu sein. (SZ, FT und IHT, 10.9.91)

Zehn Tage nach der Unterzeichnung des Memorandums über den Bau des neuen Flughafens, am 13. September, wurde das Flughafenkomitee unter der sino-britischen Liaisongruppe mit Botschafter Guo Fengmin als dem chinesischen und Anthony Galsworthy als dem britischen Vorsitzenden sowie jeweils zehn anderen Mitgliedern auf beiden Seiten gegründet. (XNA, 14.9.91)

Angesichts der wirtschaftlichen wie politischen Bedeutung des Memorandums über den Bau des neuen internationalen Flughafens für Hongkong bringt *China aktuell* in diesem Heft den vollen Wortlaut in deutscher Übersetzung. Der paraphierte Text in englischer Sprache ist in C.a. Juli 1991, S.466-467, veröffentlicht. -ni-

\*(35)

#### **Debakel der beijingfreundlichen Kräfte bei den ersten direkten Teilwahlen zum Parlament von Hongkong**

Am 15. September fanden die ersten direkten Teilwahlen zum Legislativrat (Legislative Council) in der 150jährigen Geschichte der britischen Kolonie Hongkong, die 1997 an China zurückgegeben wird, statt. Zwei politische Hauptlager kämpften mit insgesamt 55 Kandidaten um 18 Sitze. Auf der einen Seite standen die Kräfte unter Führung der Gruppierung "United Democrats of Hongkong" (UDHK), die sich für die Demokratisierung des politischen Systems einsetzen und sich dabei nicht scheuen, die kommunistischen Machthaber in Beijing heftig zu kritisieren, und auf der anderen Seite Gruppierungen unter der Führung der "Liberal Democratic Federation" (LDF), die mehr Wert auf politische Stabilität und gute Beziehungen zu Beijing legen.

Das Wahlergebnis brachte ein großes Debakel für den beijingfreundlichen Block. Sechzehn der Gewählten zählen zu den Anhängern der Demokratisierungsbewegung, davon gehören zwölf der UDHK an. Zwei gelten als pro-britische bzw. konservative Politiker. Kandidaten, die offen von Beijing unterstützt wurden, einschließlich der LDF, gingen leer aus. (NZZ, 17.18.9.91; SCMP, FT und IHT, 16.17.9.91; LHB, ZYRB und FAZ, 17.9.91)

Von der Stimmenverteilung her gesehen fielen Sieg und Niederlage auch sehr eindeutig aus. Allein die Gruppierung der UDHK bekam 45% der abgegebenen Stimmen. Einschließlich ihrer politischen Verbündeten oder Gesinnungsfreunde erreichte der Stimmenanteil der "Opposition" von aktiven Demokraten 53,6%. Demgegenüber konnten die konservativen und Pro-Beijing-Kandidaten nur 8,3% der

Stimmen auf sich vereinigen. (FAZ, 25.9.91) Allerdings lag die Wahlbeteiligung mit 39,15% (750.467) ziemlich niedrig; und wenn man in Betracht zieht, daß sich nur gerade gut die Hälfte (1.916.925) der rd. 3,6 Millionen Stimmberechtigten in die Wählerlisten eintragen ließ, nimmt sich die Beteiligung noch bescheidener aus; den Gang zur Urne trat also lediglich ein Fünftel all jener an, die dazu berechtigt gewesen wären. Ursprünglich hatte die Regierung eine Wahlbeteiligung von über 50% erwartet. Auch in der Vergangenheit hatten die Hongkonger nie großes Interesse an Wahlen gezeigt. Diesmal waren so viele Wähler zur Urne gegangen wie noch nie - der frühere Beteiligungsrekord bei den Wahlen zu Bezirksparlamenten lag bei nur 476.558 abgegebenen Stimmen. Besonders positiv wurde bewertet, daß die ersten direkten Wahlen zum Parlament der Kolonie ohne Zwischenfall verlaufen sind.

Der Legislativrat hat insgesamt 60 Mitglieder. Noch vor den direkten Wahlen hatten die neun sogenannten "functional constituencies" (acht Wirtschafts- und Berufsverbände sowie das Kommunalorgan "Regional Council") am 12. September 21 Delegierte gewählt, wobei 22.919 oder 47,01% der 48.756 eingetragenen Wahlberechtigten zur Urne gegangen waren; 12 der 21 Delegierten haben als einzige Kandidaten die Wahl ohne Wahlakt automatisch gewonnen. (DGB, 14.9.91; SCMP, 13.9.91) Am 21. September gab Gouverneur Sir David Wilson die Namen der 18 ernannten Parlamentarier bekannt, davon 10 neue Gesichter.

Da die Delegierten der Wirtschafts- und Berufsverbände sowie die vom Gouverneur ernannten Parlamentarier nur mit einigen Ausnahmen konservative Kräfte oder parteilose Persönlichkeiten sind, können die aktiven Demokraten im neuen Legislativrat trotz ihres überzeugenden Sieges in den direkten Wahlen keine Mehrheit bilden. Außerdem besitzt der Legislativrat keinerlei wirkliche Befugnisse eines Parlaments, sondern übt eher eine Beratungskommission für den Gouverneur aus. Andererseits fühlen sich die oppositionellen Kräfte der aktiven Demokraten nach ihrem überzeugenden Sieg moralisch sehr gestärkt. Sowohl London als auch Beijing können die eindeutige Meinung der Wählermehrheit für die Demokratisierung nicht einfach übersehen. -ni-